

1 **Antrag zur 31. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE**  
2 **GRÜNEN in Rostock vom 24. - 25.10. 2009**

3

4 Die Bundesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

5

6 **Eine Chance für Afghanistan:**

7 **Deutsche Kriegsbeteiligung beenden, das Land**

8 **stabilisieren!**

9

10 Bündnis 90/Die Grünen fordern eine außenpolitische Initiative, um den Krieg zu beenden  
11 und eine Befriedung des Landes zu erreichen. Gleichzeitig fordern Bündnis 90/Die Grünen  
12 die schnellstmögliche Erstellung und politische Umsetzung einer Exit-Strategie für die  
13 deutschen SoldatInnen im Afghanistankrieg. Als letztmöglichen Zeitpunkt für den Abzug  
14 deutscher SoldatInnen fordern Bündnis 90/Die Grünen den 31.12.2010.

15

16 Noch bleibt ein kleines Zeitfenster zu handeln. Andernfalls steht zu befürchten, dass bei  
17 weiter sinkender Zustimmung der Menschen in den NATO-Ländern, etwa nach großen  
18 Anschlägen oder schweren militärischen Niederlagen, die Truppen überstürzt abgezogen  
19 werden. Afghanistan würde dann zum wiederholten Mal ohne Alternative sich selbst  
20 überlassen. Das kleine verbliebene Zeitfenster muss daher nun im Sinne der  
21 übernommenen Verantwortung genutzt werden:

22

23 ● Die Vereinten Nationen sind für ein neues Afghanistan-Mandat zu gewinnen und  
24 entsprechenden auszustatten. Das neue UN-Mandat sollte ein robustes Mandat  
25 nach Kapitel VII der UN-Charta sein. Es soll den Frieden gegen alle  
26 Interessengruppen durchsetzen; auch gegen eine Zentral-Regierung, die von  
27 weiten Teilen der Bevölkerung offensichtlich nicht als solche anerkannt wird.

28

29 ● Zur Zusammenstellung der UN-Truppen sind bevorzugt islamische Staaten des  
30 Nahen Ostens, Ostasiens und Nordafrikas einzubinden, ergänzt durch Truppen  
31 aus weiteren afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern. Sämtliche  
32 Truppen aus Staaten mit geostrategischem Eigeninteresse müssen im Rahmen  
33 des neuen UN-Mandats abgezogen werden.

34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59

- Für die Bundeswehr ist ein Abzugsplan (militärischer Disengagement-Plan) bis zum 31.03.2010 mit einer Toleranz – im Zuge der Evaluierung der erforderlichen Übergabeschritte – bis spätestens zum 30.06.2010 zu erstellen. Bis zum endgültigen Abzug ist der Einsatz der Bundeswehr konsequent auf Selbstschutz und den Schutz der Bevölkerung, also auf Notwehr und Nothilfe im Sinne der UN-Charta zu beschränken. Offensive Militäroperationen von OEF und ISAF werden durch die Bundeswehr nicht mehr unterstützt.
- Die zivile Aufbauhilfe der Bundesrepublik ist unter den veränderten Bedingungen und in enger Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen neu zu definieren und in dem Maße zu erhöhen, wie das militärische Engagement abgebaut wird.
- Die Bundesregierung ist aufzufordern, die Schließung der US-Militärbase Bagram (mit illegalem Foltergefängnis) auf der diplomatischen Ebene anzustreben. Die Insassen sind schnellstmöglich mit Anklage vor ordentliche Gerichte zu stellen oder freizulassen. Zu den Vorgängen in Bagram und anderen möglichen Kriegsverbrechen seit 2001 ist eine internationale Untersuchung einzusetzen.

Sollte durch das erforderliche neue UN-Mandat ein sicherheitspolitisches und völkerrechtliches Vakuum entstehen, kann der bereits begonnene Abzug der Bundeswehr bis zum Greifen des neuen Mandates gestreckt werden. Abschlussdatum des Abzuges wäre - in diesem einzigen Fall - das In-Kraft-Treten des neuen Mandats. Sollte von der Bundesregierung jedoch überhaupt kein neues UN-Mandat erwirkt werden, fordern Bündnis 90/Die Grünen einen Abzug der Bundeswehr wie oben angegeben bis zum 31.12.2010.

60 Die Exit-Strategie versteht sich als eine verbindliche Festlegung des Abzuges aller  
61 Einheiten der Bundeswehr aus Afghanistan und aus den Nachbarländern sowie der  
62 Einstellung jeglicher militärischen Unterstützung durch Awacs-Mannschaften oder ähnliche  
63 Einsätze.  
64  
65 Sollte die nächste Bundesregierung keine eindeutigen Schritte in die hier aufgeführte  
66 Richtung ergreifen, fordert die Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen

67 die Bundestagsfraktion auf, alle Mandate abzulehnen und im Deutschen Bundestag  
68 einen entsprechenden Initiativantrag in diesem Sinne einzubringen.

69

70

71 **Begründung:**

72

73 Das Zeitfenster zum Handeln ist nur deshalb so klein, weil die Verantwortlichen in der  
74 NATO, in der Bundesregierung und in der afghanischen Regierung es haben so klein  
75 werden lassen! Gehen wir Deutschen diesen Weg nicht, so werden wir, nach zwei  
76 angezettelten Weltkriegen und dem daraus resultierenden Schwur: „Nie wieder Krieg!“ uns  
77 bald als Hauptakteure in der ersten Kriegskatastrophe des 21. Jahrhunderts wieder finden.  
78 Längst wurde aus „der Bekämpfung der Terroristen“ ein Krieg gegen weite Teile der  
79 Bevölkerung und die Unterstützung einer korrupten, wahlfälschenden Vetternregierung.  
80 Immer wieder wurden die Kriegsziele neu definiert: Nach der Bekämpfung und Ergreifung  
81 der Terroristen des 9/11 war es der Schutz der Frauen und Mädchen und deren Bildung  
82 oder die Ausschaltung der Drogenanbaus.

83

84 Um eine Katastrophe zu verhindern, ist Deutschland daher nun gefordert, sich aus dem  
85 Krieg zurückzuziehen. Damit würde das Signal gesendet, dass wir Deutschen Unrecht am  
86 afghanischen Volk und die Opfer auf beiden Seiten nicht weiter mittragen und Alternativen  
87 aufzeigen.

88

89 Der von Bündnis 90/Die Grünen seit der Sonder-Bundesdelegiertenkonferenz von  
90 Göttingen geforderte Strategiewechsel in Richtung einer militärischen Deeskalation und  
91 eines stärkeren Anteils des Aufbaus hat erkennbar nicht stattgefunden. Im Gegenteil  
92 wurde die militärische Komponente durch die Bundesregierung stetig verstärkt. Seitdem  
93 hat sich die Sicherheitslage dramatisch verschlechtert. Trauriger Tiefpunkt war vorerst die  
94 deutsche Beteiligung an der Bombardierung zweier entführter Tanklastzüge mit über  
95 Hundert, auch zivilen Opfern am 3.9.2009 in der Nähe von Kunduz.

96

97 Das eigentlich per Definition eher aufbau-betonte ISAF wurde von dem auf Feind-  
98 Vernichtung angelegte OEF-Mandat nicht getrennt, im Gegenteil hat die militärische  
99 Verzahnung zugenommen. Zahlreiche der in Afghanistan zum Teil seit Jahrzehnten  
100 tätigen Hilfsorganisationen kritisieren den militärischen Kurs der NATO mittlerweile scharf  
101 und bezeichnen das Konzept der zivil-militärischen Zusammenarbeit als gescheitert. Der

102 erfolgte Strategiewechsel der US-Truppen unter der Regierung Obama, der den Einsatz  
103 der NATO dezidiert als „Krieg“ bezeichnet, ist deutlicher als zuvor auf die Vernichtung der  
104 Aufständischen angelegt. Dass der dabei geforderte „Schutz der Zivilbevölkerung“ nicht  
105 umsetzbar ist, haben die vergangenen Monate gezeigt.

106

107 Gleichzeitig wurde die militärische Beteiligung Deutschlands ausgeweitet, eine weitere  
108 Erhöhung des Deutschen (kämpfenden) Truppenkontingents bei der anstehenden  
109 Mandats-Verlängerung ist bereits mehrfach von den USA gefordert worden und in der  
110 bisherigen Logik höchst wahrscheinlich. Von einer Sondersituation im  
111 Verantwortungsbereich der Bundeswehr im Norden kann immer weniger die Rede sein,  
112 zumal die NATO dazu übergegangen ist, die unsicheren Nachschubwege an der süd-  
113 östlichen Grenze zu Pakistan mit neuen Nachschubrouten aus den nördlichen  
114 Anrainerstaaten zu ergänzen. Eine dementsprechende Verlagerung der Kriegshandlungen  
115 in den Norden ist bereits zu erkennen und würde sich so weiter intensivieren.

116

117 Aufgrund massiver Versäumnisse und Fehlentwicklungen ist aus dem ursprünglichen UN-  
118 Mandat zur Bekämpfung der Terroristen vom 11/9 ein Krieg gegen einen wesentlichen Teil  
119 der afghanischen Bevölkerung geworden, welcher bereits auf weite Teile des  
120 Atomwaffenstaates Pakistan übergegriffen und diesen mit destabilisiert hat. Unsere  
121 Forderung nach einem umfassenden Strategiewechsel kam zum richtigen Zeitpunkt,  
122 wurde aber von den verantwortlich Handelnden in der Bundesregierung fahrlässig  
123 ignoriert. Die weit fortgeschrittene negative Entwicklung in Afghanistan schließt es  
124 mittlerweile aus, dass durch die NATO zu irgendeinem beliebigen Zeitpunkt noch eine  
125 Umkehr zum Besseren erreicht werden könnte. Diese Entwicklung liegt jetzt in der  
126 Verantwortung aller beteiligten Nationen, also auch des deutschen Volkes, das als  
127 Souverän einen Krieg der Bundeswehr in Afghanistan daher zurecht mit überdeutlicher  
128 Mehrheit ablehnt.

129

130 **AntragstellerInnen:**

131

132 Alexander Wright, KV Limburg-Weilburg

133 Andrea Asch, KV Köln

134 Andrea Schwarz, KV Karlsruhe-Land

135 Andreas Knoblauch, KV Salzgitter

136 Andreas Unger, KV Berlin Mitte

- 137 Angela Platsch, KV Coburg-Stadt
- 138 Angelika Dapper-Schneider, OV Gescher
- 139 Anja Kofbinger, KV Neukölln
- 140 Anselm Laube, KV Ettlingen
- 141 Dr. Ansgar Klein, KV Aachen
- 142 Arfst Wagner, KV Schleswig-Flensburg
- 143 Arndt Settnik, OV Bünde/Westfalen
- 144 Arnold von Bosse, KV Stralsund-Rügen-Nordvorpommern
- 145 Bärbel Maxisch, KV Kassel-Land
- 146 Barbara Richter, KV Hagen
- 147 Beate Wichmann, KV Erfurt
- 148 Bernd Frieboese, KV Reinickendorf
- 149 Birgit Heidergott, SV Oldenburg
- 150 Birgitta Tremel, KV Schwerin
- 151 Brigitte Dürr, KV Coburg Stadt
- 152 Charlotte Ahrendt-Prinz, OV Coesfeld
- 153 Christa Stiller-Ludwig, KV Hagen
- 154 Christian Winterberg, KV Wesel
- 155 Christopher Bodirsky, RV Hannover
- 156 Claudia Laux, KV Ahrweiler
- 157 Claus-Jürgen Dietrich, KV Anhalt-Bitterfeld
- 158 Cordula Ratajczak, KV Bautzen
- 159 David Baltzer, KV Berlin Pankow
- 160 Dennis Melerski, KV Gelsenkirchen
- 161 Dirk Johanns, KV Oberberg
- 162 Doris Vogt, KV Coesfeld
- 163 Dorothee Lochmann, KV Ettlingen
- 164 Elisabeth Bröskamp, KV Neuwied
- 165 Erhard Schäfer, OV Winsen/Luhe
- 166 Erich Prinz, OV Coesfeld
- 167 Prof. Dr. Frank Bliss, KV Ahrweiler
- 168 Frank Brinkers, KV Grafschaft Bentheim
- 169 Gabriela Schuchalter-Eicke, KV Wiesbaden
- 170 Gabriele Joch-Eren, KV Hochsauerland
- 171 Gerd Berning, KV Warendorf

- 172 Grit Bierwisch, KV Eichsfeld
- 173 Gudrun Müller, KV Vulkaneifel
- 174 Hajo Siemes, KV Mönchengladbach
- 175 Hannelore Rabl, KV Wetterau
- 176 Hans-Christian Friedrichs, KV Lüneburg
- 177 Hans Peter Kruse, KV Gelsenkirchen
- 178 Harald Vieth, KV Hamburg-Eimsbüttel
- 179 Harald Wolfert, KV Rhein-Berg
- 180 Heiko M. Kosow, KV Münster
- 181 Helene Klein, KV Aachen
- 182 Helmut Blöcker, KV Braunschweig
- 183 Helmut Windolph, KV Eichsfeld
- 184 Hermann Pöhling, KV Mettmann
- 185 Holger Lauinger, KV Berlin-Kreuzberg
- 186 Horst Schiermeyer, KV Görlitz
- 187 Irene Mihalic, KV Gelsenkirchen
- 188 Irmgard Winkelkemper, KV Hersfeld -Rotenburg
- 189 Joachim Behncke, KV Steglitz-Zehlendorf
- 190 Jochen Nadolski-Voigt, KV Unna
- 191 Jochen Pade, SV Oldenburg
- 192 Jochen Petzschmann, KV Mettmann
- 193 Jörg Rupp, KV Karlsruhe
- 194 Jörn Jensen, KV Berlin-Mitte
- 195 Johannes Möstl, KV Weimar
- 196 Jürgen Klippert, KV Hagen
- 197 Karen Haltaufderheide, KV Ennepe-Ruhr
- 198 Karsten Finke, KV Bochum
- 199 Karl-Wilhelm Koch, KV Vulkaneifel
- 200 Klaus Dills, OV Rengsdorf
- 201 Dr. Klaus-Uwe Gerhardt, KV Offenbach-Land
- 202 Klaus Strzyz, KV Main-Taunus
- 203 Klemens Griesehop, KV Pankow

- 204 **SV Chemnitz**
- 205 **KV Dachau**
- 206 **KV Hagen**
- 207 **KV Kassel-Land**
- 208 **KV Westerwald**
- 209 Lars Andersen, KV Hamburg-Altona
- 210 Ludwig Schulz, KV Ettlingen
- 211 Maik Babenhauserheide, KV Herford
- 212 Manfred Lorentschat, KV Oberhausen
- 213 Manfred Wemken, KV Bremen-Nord
- 214 Marion Hasper, KV Tempelhof-Schöneberg
- 215 Markus Mezger, KV Hochtaunus
- 216 Martin Köhler, KV Mittelmark-Fläming
- 217 Martin Quack, KV Tübingen
- 218 Martin Schmidt, KV Chemnitz
- 219 Martin Zöllner, KV Herford
- 220 Martina Weyh, KV Coburg-Stadt
- 221 Matthias Altmann, KV Weimarer Land
- 222 Matthias Schneider, KV Duisburg
- 223 Max Burger, KV Rottweil
- 224 Max Maier, KV Ebersberg
- 225 Michael Hoffmeier, KV Eichsfeld
- 226 Michael Körner, KV Ettlingen
- 227 Michael Pfaff, KV Rhein-Hunsrück
- 228 Monika Lauber, KV Karlsruhe-Land
- 229 Nicolai Zipfel, KV Göttingen
- 230 Nina Weise-Hübner, KV Hersfeld-Rotenburg
- 231 **OV Florstadt**
- 232 **OV Gummersbach**
- 233 **OV Kürten**
- 234 Peter Alberts, KV Münster
- 235 Peter Meiwald, KV Ammerland
- 236 Petra Schmidt-Niersmann, KV Wesel
- 237 Rainer Kimling, KV Wetterau
- 238 Ralf Henze, KV Odenwald-Kraichgau

- 239 Ralph Hoffmann, KV Nürnberg
- 240 Regina Lupp, OV Ronnenberg
- 241 Rolf Beckers, KV Aachen
- 242 Richard Janus, RV Wartburgkreis/Stadt Eisenach
- 243 Robert Zion, KV Gelsenkirchen
- 244 Roman Kollar, KV Coburg-Stadt
- 245 Rüdiger Bender, KV Erfurt
- 246 Ruth Sauerwein, KV Hagen
- 247 Sabine Zimpel, KV Gelsenkirchen
- 248 Samuel Raz, KV Dachau
- 249 Siegfried Leittretter, KV Friedrichshain-Kreuzberg
- 250 Siegfried Schönfeld, KV Recklinghausen
- 251 Siegrid Braun, KV Rhein-Hunsrück
- 252 Sigrid Haag, KV Ennepe-Ruhr
- 253 Simon Lissner, KV Limburg-Weilburg
- 254 Sonja Rothweiler, KV Karlsruhe-Land
- 255 Stefan Barth, KV Vulkaneifel
- 256 Stefan Ziller, KV Marzahn-Hellersdorf
- 257 Susanne Helmke, KV Gelsenkirchen
- 258 Susanne Kieckbusch, KV Zollernalb
- 259 Thomas Dyhr, KV Barnim
- 260 Thomas Reimeier, KV Lippe
- 261 Till Seiler, KV Konstanz
- 262 Tim Giesbert KV Mülheim/Ruhr
- 263 Tim Peters, SV Oldenburg
- 264 Tobias Edling, KV Potsdam
- 265 Ulrich Laubach, KV Mönchengladbach
- 266 Ulrich Schneider, KV Heilbronn
- 267 Ute Hegener, KV Essen
- 268 Valentin Seehausen, KV Nordfriesland
- 269 Walter Wandtke, KV Essen
- 270 Werner Köhler, KV Oldenburg-Land
- 271 Werner Liedmann, KV Soest
- 272 Werner Steuber, KV Siegen
- 273 Winfried Böhler, KV Stuttgart

- 274 Winfried Hermann, KV Tübingen
- 275 Wolf-Rüdiger Benzel, KV Coburg Stadt
- 276 Wolfgang Ehle, KV Kassel-Land
- 277 Wolfgang Küppers, KV Gelsenkirchen
- 278 Yildiz Yüce, KV Lübeck